



POLEN-ANALYSEN

www.laender-analysen.de/polen

DIE PARLAMENTSWAHLEN 2019

■ ANALYSE	
Nach den Parlamentswahlen in Polen – Vollendung der illiberalen Demokratie oder Wiederannäherung der politischen Lager?	2
Stefan Garsztecki, Chemnitz	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT	
Einstellungen zur bisherigen Regierungstätigkeit, Homosexualität, Demokratie und Medien	8
Die Wahlergebnisse	15
■ CHRONIK	
1. – 21. Oktober 2019	20

Nach den Parlamentswahlen in Polen – Vollendung der illiberalen Demokratie oder Wiederannäherung der politischen Lager?

Stefan Garsztecki, Chemnitz

Zusammenfassung

Der Sieg der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) bei den polnischen Parlamentswahlen am 13. Oktober fiel nach einem wenig überzeugenden Wahlkampf der Opposition und angesichts zahlreicher Wahlkampfversprechen der *PiS* deutlich aus. Trotz des Konfliktes der Regierung mit der Europäischen Kommission aufgrund der polnischen Justizreformen und ungeachtet einer radikalen Umgestaltung der öffentlich-rechtlichen Medien brauchte sich die *PiS* um die Wiederwahl letztlich keine Sorgen zu machen. Allerdings fiel der Wahlsieg knapper aus, als im Kreis um den Parteivorsitzenden Jarosław Kaczyński herum erwartet. Das Erstarren der kleineren Parteien der Vereinigten Rechten (*Zjednoczona Prawica*), die über die *PiS*-Liste nun mehr Abgeordnete ins Parlament einbringen, die Erfüllung der Wahlversprechen, der Verlust der zweiten Parlamentskammer an die Opposition und nicht zuletzt die sich anbahnende Nachfolgefrage im Parteivorsitz der *PiS* lassen trotz des überzeugenden Sieges eine schwierige Regierungszeit erwarten.

Vier Jahre PiS – eine gemischte Bilanz

Die Regierungen von Beata Szydło und ihrem Nachfolger Mateusz Morawiecki (ab Dezember 2017) konnten sich für die Umsetzung ihres Regierungsprogramms auf ein nach wie vor robustes Wirtschaftswachstum stützen, das im Jahr 2018 gut 5 % betrug. Auch unter der *PiS*-Regierung hatte somit der positive Trend und der Aufholprozess gegenüber den wohlhabendsten EU-Mitgliedsländern Bestand. Das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt betrug im Jahr 2018 nach Angaben von Eurostat 12.430 Euro gegenüber 30.930 Euro, über das im Schnitt die 19 Mitgliedsstaaten der Euro-Zone verfügen, was 40,18 % des Durchschnitts der Eurozone entspricht. Zehn Jahre zuvor, im Jahr 2008, belief sich das reale Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt lediglich auf 30,33 % des Eurozonen-Durchschnitts. Möglich wurde diese Entwicklung sicherlich auch durch anhaltend niedrige Löhne (im Juni 2019 nach Daten des polnischen Statistischen Hauptamtes im Schnitt ca. 5.100 Zloty – ca. 1.191 Euro), ein freundliches Investitionsklima und ca. 140 Milliarden Euro aus EU-Mitteln in der laufenden Haushaltsperiode (2014–2020). Hinzu kommen eine niedrige Arbeitslosigkeit von 3,8 % im Juni 2019 und eine geringe Staatsverschuldung von knapp 48 %. Zu dieser Entwicklung dürfte der im Frühjahr 2017 von Ministerpräsident Morawiecki vorgestellte »Plan für verantwortungsvolle Entwicklung« (der sogenannte Morawiecki-Plan) noch wenig beigetragen haben, zumal er auf eine längere Perspektive setzt. Der Plan möchte durch Reindustrialisierung und Innovationen einerseits den Anschluss an die westlichen Industrienationen herstellen und andererseits die Einkommen anheben und für eine nachhaltige und ausgewogene Entwicklung im Lande sorgen. Die gute ökonomische Gesamtsituation

schlägt sich auch in den Einschätzungen der Bürger nieder. Nie waren die Polen nach 1989 mit ihrer ökonomischen Situation zufriedener als gegenwärtig (35 % Ende 2018 gegenüber 28 % Ende 2015) und im September 2019 schätzten nach Angaben des polnischen Meinungsforschungsinstituts *CBOS* 48 % die Lage der Wirtschaft als gut ein – auch das ein Spitzenwert. Insbesondere die Sozialpolitik dürfte zu dieser positiven Bewertung der eigenen materiellen Lage und der Situation des Landes mit beigetragen haben. Das von der *PiS* im April 2016 unter dem Namen »500+« (gegenwärtig entsprechen 500 Zloty knapp 117,- Euro) eingeführte Kindergeld ab dem zweiten Kind, das die Partei im Frühjahr 2019 einkommensunabhängig auch auf das erste Kind ausdehnte, führte zwar noch nicht zu einem Anstieg der Geburtenrate, verbesserte aber bei kinderreichen Familien die Einkommenssituation nachhaltig. Ein Gegensteuern zu Gunsten der niedrigeren Einkommen war sicherlich auch bitter notwendig, da sowohl nach den Daten von Eurostat wie auch nach dem vom französischen Star-Ökonomen Thomas Piketty mit initiierten *World Inequality Report* (Bericht zur weltweiten Ungleichheit) die Armut und die Einkommensungleichheit nach 1989 deutlich zugenommen haben. Demnach betrug Ende 2015 das Durchschnittseinkommen der oberen 10 % gut 76.039 Euro p. a., der unteren 50 % aber nur 10.662 Euro.

Die Wahrnehmung der *PiS*-Regierung in Deutschland war jedoch im Wesentlichen durch andere Faktoren geprägt, und zwar vor allem durch die Reformen im Justizwesen. Durch etliche Gesetzesnovellen wurde das Verfassungsgericht faktisch von der Regierung übernommen und verlor seine Unabhängigkeit. Weitere Reformen betrafen die ordentliche Gerichtsbarkeit, das Oberste

Gericht und den Landesjustizrat (*Krajowa Rada Sądownicwa – KRS*). Die von Staatspräsident Andrzej Duda im Mai 2018 unterzeichneten Gesetzesnovellen ermöglichen dem Justizminister die Abberufung Dutzender von Gerichtspräsidenten und eine komplette Neubesetzung des *KRS*, der unter anderem die Prüfung von Gesetzen durch das Verfassungsgericht initiieren kann und bei der Wahl der Richter eingebunden ist. Von seinen 25 Mitgliedern werden nun nach der Reform 15 vom polnischen Parlament berufen, was eine weitere politische Instrumentalisierung der Justiz bedeutet.

Das zur Verteidigung des Verfassungsgerichts und der Verfassung in Polen Ende 2015 entstandene Komitee zur Verteidigung der Demokratie (*Komitet Obrony Demokracji*) vermochte zwar im Verlauf des Jahres 2016 Zehntausende Menschen auf die Straße zu bringen, aber nach und nach schwächten sich die Proteste deutlich ab. Ebenso war das von der Europäischen Kommission Ende 2017 gegen Polen eröffnete Rechtsstaatsverfahren nach Artikel 7 des EU-Vertrages bisher nicht in der Lage, die polnische Regierung zur Rücknahme der monierten Aspekte der Justizreform zu bewegen. Die EU-Kommission kritisiert insbesondere den Einfluss der Exekutive auf die Judikative und sieht darin einen Angriff auf das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit, das in Artikel 7 des EU-Vertrages verankert ist.

Weitere Elemente des »guten Wandels« (*dobrza zmiana*), wie das politische Programm von der *PiS* selbst bezeichnet wurde, umfassten in der abgelaufenen Regierungsperiode unter anderem eine dezidiert patriotische Geschichtspolitik, die im Jahr 2017 u. a. zur Abberufung des Direktors des Museums des Zweiten Weltkrieges Paweł Machcewicz durch den zuständigen Minister Piotr Gliński führte, und eine Medienpolitik, die die staatlichen Medienanstalten komplett umkrempele und zu Sprachrohren der Regierung machte. Unter der Leitung des Fernsehintendanten Jacek Kurski hat sich die Qualität und der Nachrichtenwert der Hauptnachrichtensendung *Wiadomości* (Nachrichten) rapide verschlechtert. Die Verkündung von Regierungserfolgen und die Anschwärzung der Opposition sind Hauptmerkmale der regierungstreuen Einseitigkeit. Es verwundert daher nicht, dass die Glaubwürdigkeit des staatlichen Fernsehens – insbesondere aus Sicht der Opposition – gelitten hat. Nach Umfragen von *CBOS* vom Mai dieses Jahres schauen nur noch 2 % der Anhänger der Bürgerplattform (*Platforma Obywatelska – PO*), der größten Oppositionspartei, die *Wiadomości*, aber 43 % der *PiS*-Anhänger. Beim Privatsender *TVN24*, der sich stark gegen die *PiS* positioniert hat, ist es nahezu umgekehrt: 35 % der *PO*-Anhänger stehen 2 % der *PiS*-Unterstützer gegenüber. Die Spaltung des Landes ist auch hierin deutlich sichtbar. Die einen Befragten lobten im Februar

2019 die Sozial- und Wirtschaftspolitik von *PiS* (69 %) und hier insbesondere das Familienförderprogramm 500+, die anderen Befragten monierten den Amtsmissbrauch der Regierung (37 %) und hier vor allem die Verletzung der Verfassung.

Zur Bilanz der *PiS* gehört auch eine zum Teil groteske Personalpolitik, die vor allem eigene, loyale Personen bis in höchste Staatsämter gebracht hat, ohne dass dies mit entsprechenden Kompetenzen oder einem angemessenen Verhalten einhergeht. Nennen könnte man den Präsidenten des polnischen Obersten Rechnungshofes (*Najwyższa Izba Kontroli – NIK*), Marian Banaś, der kurz vor den Parlamentswahlen in den unbezahlten Urlaub ging, da seine Vermögenserklärung Unregelmäßigkeiten aufwies und er zudem Kontakte zur Krakauer Halbwelt unterhält, oder Bartłomiej Misiewicz, der von 2015 bis 2017 das politische Kabinett von Verteidigungsminister Antoni Macierewicz leitete und hochgestellte Offiziere entließ, obgleich er selbst zum damaligen Zeitpunkt noch Student war ohne jegliche militärische oder politische Qualifikation.

Zweifellos gibt es mehr Belege für einen sich verstärkenden Klientelismus bei der *PiS*, aber auch Vorgängerregierungen waren davon bekanntlich nicht frei. Schwerer dürfte wohl neben der Verletzung der Verfassung – so zumindest die Auffassung der Europäischen Kommission – die Geringschätzung demokratischer Gepflogenheiten im Parlament wiegen. Das Ausschalten von Mikrofonen für die Opposition, absurd kurze Beratungszeiten von kontrovers diskutierten Gesetzen, scharfe sprachliche Angriffe auf die Opposition und insgesamt eine enorme Polarisierung sind Elemente der polnischen Variante der illiberalen Demokratie, die vor allem auf rechnerische Mehrheit setzt.

Die von der *PiS* dezidiert verfolgte Familienpolitik, die im Land viel Rückhalt findet, ist zugleich Bestandteil eines ideologischen Abwehrkampfes gegen als liberal postulierte und abgelehnte Werte des Westens. Darunter werden eine »Sexualisierung« von Kindern durch schulische Frühaufklärung, die Auflösung eines traditionellen Familienmodells und die Propagierung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften sowie ein zu liberaler Umgang mit Abtreibung und künstlicher Befruchtung (*in vitro*) verstanden. Im Einklang mit der katholischen Kirche lehnt die *PiS* In-vitro-Befruchtungen ab und hat die Bezahlung entsprechender Behandlungen durch das staatliche Gesundheitssystem zum 30. Juni 2019 eingestellt. An ihre Stelle setzt man auf Naprotechnologie, ein Behandlungs- und Diagnosesystem, das die natürliche Fruchtbarkeit wieder herstellen möchte. Während aber dieses Thema kaum Schlagzeilen machte, führte ein von der privaten Stiftung *Ordo Iuris* im Herbst 2016 initiiertes Bürgerbegehren zu einem Gesetzesvorschlag im

Parlament, der ein fast völliges Verbot von Abtreibung vorsah. In erster Lesung fand der Gesetzesentwurf auch eine Mehrheit im Parlament, was massive Proteste von Frauen im ganzen Land, die »schwarzen Proteste« (so genannt nach der schwarzen Kleidung), hervorrief und die *PiS* letztendlich nötigte, den Entwurf wieder von der Tagesordnung zu nehmen. Auch hier ist die Frage, ob ein erneuter Versuch der Verschärfung des Abtreibungsrechts in der neuen Parlamentsperiode unternommen werden wird. Der Streit um Werte geht in jedem Fall weiter.

Der Wahlkampf: ein laues Lüftchen

Ungeachtet der unterschiedlichen Proteste gegen die *PiS* im Verlauf der abgelaufenen Parlamentsperiode und der Auseinandersetzungen im Land und zwischen der EU und der polnischen Regierung auf dem Feld des Rechtsstaates, verlief der Wahlkampf eher schleppend. Die unterschiedlichen Oppositionsparteien hatten offensichtlich genug damit zu tun, sich zu Wahlkoalitionen zusammenzufinden. Die *PiS* trat erneut als Vereinigte Rechte (*Zjednoczona Prawica*) an. Zu diesem Bündnis gehören neben der *PiS* noch zwei kleinere Parteien. Zum einen die national-konservative Partei Solidarisches Polen (*Solidarna Polska*) von Justizminister Zbigniew Ziobro, der diese Gruppierung 2012 gründete, nachdem er 2011 aus der *PiS* aufgrund von Auseinandersetzungen über den Kurs der Partei ausgeschlossen worden war. Zum anderen die konservativ-liberale Verständigung (*Porozumienie*) des stellvertretenden Ministerpräsidenten und Wissenschaftsminister Jarosław Gowin, der 2013 die Bürgerplattform nach einem verlorenen Machtkampf gegen Donald Tusk verließ und eine eigene Gruppierung gründete, die 2017 in der Partei Verständigung aufging. Die *PiS* warb als Vereinigte Rechte für eine Fortführung des bisherigen Kurses. Hervorgehoben wurden Sozialleistungen wie ein höherer Mindestlohn und eine 13. Rente, Investitionen in den Gesundheitssektor, Steuererleichterungen für kleinere Unternehmen, Investitionen in die Infrastruktur der Eisenbahn und ein traditionelles Familienmodell. Besonderen Stellenwert hatte im *PiS*-Wahlkampf vor allem die Ablehnung des *LGBT*-Milieus (*Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender*) und gleichgeschlechtlicher Beziehungen sowie die Warnung vor einer vermeintlichen Sexualisierung von Kindern durch liberale Milieus.

Komplizierter gestaltete sich der Wahlkampf bei der Bürgerplattform. Nachdem man noch zur Europawahl im Mai 2019 gemeinsam mit der Bauernpartei (*Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL*), der Demokratischen Linksalianz (*Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD*), den Grünen (*Zieloni*) und der Partei Die Moderne (*Nowoczesna*), einer Abspaltung der Bürgerplattform, als Europäische

Koalition (*Koalicja Europejska*) angetreten war, verließen die *SLD* und die *PSL* diese Liste für die Parlamentswahl. Hinzu kam nun die Initiative Polen (*Inicjatywa Polska*) der bekannten Feministin Barbara Nowacka. Aber der Parteichef der *PO*, Grzegorz Schetyna, benötigte letztlich zu viel Zeit, um die als Bürgerkoalition (*Koalicja Obywatelska – KO*) antretende Gruppierung mit einer schlagkräftigen Führungsfigur auszustatten. Wohl unter dem Eindruck eigener schlechter Umfragewerte wurde schließlich Małgorzata Kidawa-Błońska zur Spitzenkandidatin und damit zur Anwärterin auf das Amt der Ministerpräsidentin gekürt – allerdings erst Anfang September, knapp sechs Wochen vor den Parlamentswahlen. Es verwundert daher kaum, dass das Parteiprogramm der *KO* erst wenige Tage vor den Wahlen präsentiert wurde. Herausgestellt wurden unter anderem der Schutz der Demokratie, ein europäisches Gesundheitssystem, höhere Löhne und der Klimaschutz.

Die *SLD* um Włodzimierz Czarzasty fand sich wiederum mit der Partei Frühling (*Wiosna*) um den bekennenden homosexuellen Europaabgeordneten Robert Biedroń und Adrian Zandberg von der sozialdemokratischen Partei Gemeinsam (*Razem*) in einem linken Wahlbündnis wieder. Zentrale Punkte waren die klare Trennung von Staat und Kirche, die Fortsetzung des Programms »500+«, eine bessere Gesundheitsversorgung, Sexualkundeunterricht in den Schulen, die Akzeptanz für gleichgeschlechtliche Beziehungen, die Achtung der Verfassung und mehr Klimaschutz.

Die Bauernpartei *PSL* gründete mit einigen Vertretern kleinerer Gruppierungen und der Partei des Musikers und Rechtspopulisten Paweł Kukiz (*Kukiz '15*), die bereits seit 2015 im Parlament vertreten war, die Polnische Koalition (*Koalicja Polska*), die mit einem konservativ-zentristischen Programm, vertreten vor allem vom jungen *PSL*-Chef Władysław Kosiniak-Kamysz, versuchte, eine Alternative zur *PiS* aufzubauen. Hervorgehoben wurden unter anderem die Einführung von Elementen direkter Demokratie (Referenden), ein modifiziertes Wahlrecht mit einem stärkeren Akzent auf Mehrheiten, eine Dezentralisierung der Verwaltung und höhere Ausgaben für das Gesundheitswesen.

Die Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (*Konfederacja Wolność i Niepodległość*) um den bizarren Publizisten Janusz Korwin-Mikke, den Vertreter der Nationalbewegung (*Ruch Narodowy*) Robert Winnicki und den extrem konservativen Regisseur Grzegorz Braun vertritt schließlich einen entschiedenen europaskeptischen und betont nationalen Kurs, der sich gegen jegliche Abtreibung, gegen das *LGBT*-Milieu, für die Wiedereinführung der Todesstrafe, eine starke Armee und Steuererleichterungen ausspricht. Nationalistische und zum Teil antisemitische

sche Töne sind Vertretern dieser Gruppierungen ebenfalls nicht fremd.

Dem gegenüber konzentrierte sich die Medienlandschaft vor allem auf die Auseinandersetzungen zwischen der *PiS* und der Opposition der Mitte und des linken Spektrums. Der Opposition nahe stehende Zeitungen wie die *Gazeta Wyborcza* oder die Wochenzeitungen *Polityka* und *Newsweek* warnten vor einem Wahlerfolg der *PiS*, während umgekehrt die *Gazeta Polska* oder die Wochenzeitung *Do Rzeczy* von den Erfolgen der Regierung zu berichten wussten. Die *Wiadomości* schossen sich in den letzten Tagen des Wahlkampfes auf den Politiker Sławomir Neumann von der *PO* ein, der in heimlich aufgezeichneten Gesprächen mit Lokalpolitikern aus dem Jahr 2017 eine sehr vulgäre Sprache und Verachtung der Wähler an den Tag gelegt hatte. Der Nachrichtensender *TVN24* konzentrierte sich seinerseits auf die Affäre um den Präsidenten des Obersten Rechnungshofes Banaś, in dessen Mietshaus in Krakau ein Stundenhôtel untergebracht war.

Entgegen manchen Befürchtungen in Deutschland spielten die deutsch-polnischen Beziehungen und auch mögliche Reparationsforderungen an Deutschland für den Zweiten Weltkrieg im Wahlkampf keine Rolle.

Wahlsieg mit komplexer Arithmetik

Angesichts der anhaltend hohen Umfragewerte für die *PiS* und des viel zu spät und nicht sehr energisch gestarteten Wahlkampfes vor allem der Bürgerkoalition war der Wahlsieg der *PiS* keine Überraschung. Spekulierte lediglich über die Höhe des Ergebnisses. Mit 43,6% konnte die *PiS* ihr Ergebnis der letzten Parlamentswahl von 2015 um 6% verbessern und erhielt mit acht Millionen Stimmen auch deutlich mehr als bei der letzten Wahl. Lediglich in zwei von 16 Woiwodschaften war die *PiS* nicht die stärkste Partei. Auf der anderen Seite holten die drei größten Oppositionsbündnisse um die *PO*, die *SLD* und die *PSL* zusammen knapp neun Millionen Stimmen, wären bei einer gemeinsamen Oppositionsliste angesichts des polnischen Wahlrechts, das große, geschlossene Parteien bevorzugt, wohl an der *PiS* vorbeigezogen und hätten auch die Wahlen zum Sejm gewonnen. Im Einzelnen erhielt die Bürgerkoalition 27,4% der Stimmen, mithin 4,29% weniger als die Bürgerplattform alleine im Jahr 2015. Die Linken um die *SLD*, *Wiosna* und *Razem* zogen anders als 2015 mit 12,6% in den Sejm ein, die Polnische Koalition mit der *PSL* erhielt 8,6% und die Konföderation konnte mit 6,8% gleichfalls einen Platz im polnischen Parlament ergattern. Allerdings waren alle diese Koalitionen in der Summe schwächer, als die kumulierten Einzelergebnisse der beteiligten Parteien bei den Wahlen 2015. Von einem guten Ergebnis der Opposition

kann also keine Rede sein. Die Wahlbeteiligung war mit 61,7% so hoch wie seit 1989 nicht mehr (damals 62,7% im ersten Wahlgang). Trotz des deutlich besseren Wahlergebnisses der *PiS* im Vergleich zu 2015 bleibt ihre Mandatszahl mit 235 von 460 gleich. Der Einzug der Konföderation mit elf Abgeordneten verhindert ein besseres Ergebnis in den Mandaten. Die Bürgerkoalition mit 134, die Linke mit 49 und die *PSL* (*Koalicja Polska*) mit 30 Abgeordneten und ein Abgeordneter der deutschen Minderheit komplettieren das Ergebnis.

Allerdings hat es der *PiS*-Vorsitzende Jarosław Kaczyński nun mit selbstbewussteren Partnern in der Vereinigten Rechten zu tun. Obgleich ihre Kandidaten von hinteren Plätzen auf der *PiS*-Liste starteten, gelang es sowohl der Partei Solidarisches Polen von Justizminister Ziobro als auch der Partei Verständigung des stellvertretenden Ministerpräsidenten Gowin, die Zahl ihrer Abgeordneten zu erhöhen. Ziobro kann nun über 17 Mandate, Gowin gar über 18 Mandate verfügen, so dass die *PiS* ohne sie nicht regieren kann. Der Appetit beider Gruppierungen dürfte damit wachsen, was die Sorgen von Kaczyński vergrößern dürfte, da Ziobro für einen klar konservativen Kurs wirbt, während Gowin in die politische Mitte strebt.

Überhaupt zeigt sich bei näherer Analyse des Wahlergebnisses, dass trotz der sozialen Segnungen und der Propaganda im Staatsfernsehen das Ergebnis doch hinter den Erwartungen des *PiS*-Chefs zurückgeblieben sein dürfte. Gerade in den großen Städten schnitt die *PiS* deutlich schlechter als die Bürgerkoalition ab. Die *PiS* punktete dafür besonders bei älteren Menschen über 50 Jahren und auf dem Land (56%). Die jungen Wähler sind hingegen stark differenziert. Bei den unter 30-Jährigen erhielt die *PiS* nur 26%, die Bürgerkoalition ebenfalls niedrige 24%, während die Konföderation mit 20% und die Linke mit 18% in dieser Altersgruppe überdurchschnittlich abschnitten.

Verkompliziert wird die politische Lage für die *PiS* auch dadurch, dass anders als im Jahr 2015 der Senat, die zweite Parlamentskammer mit 100 Senatoren, nun von der Opposition gewonnen wurde. Die Absprache unter den Oppositionsgruppierungen *KO*, *PSL* und *SLD* (letztere bei den Wahlen zum Senat wiederum als Parteien antretend), nicht gegeneinander zu konkurrieren und nur einen aussichtsreichen Kandidaten gegen die *PiS* aufzustellen, führte letztlich zum Erfolg. Die *KO* kann im neuen Senat über 43 Senatoren, die *PSL* über drei und die *SLD* über zwei Senatoren verfügen, während die *PiS* 48 Senatoren stellt. Eine unabhängige Senatorin wird die *PiS* unterstützen, drei weitere unabhängige Senatoren aber die Opposition. Zwar kann der Senat Gesetzesbeschlüsse des Sejm letztlich nur verzögern, jedoch nicht aufhalten, aber er hat das Recht, eigene Gesetzesinitia-

tiven einzubringen, ist an der Besetzung vieler hoher Staatsämter (Ombudsmann für Bürgerrechte, Vorsitzender des Instituts des Nationalen Gedenkens, Präsident des Obersten Rechnungshofes etc.) beteiligt und kann die Verfassungsmäßigkeit von Gesetzen durch das Verfassungsgericht überprüfen lassen. Bei Ablehnung von Gesetzesvorschlägen des Sejm durch den Senat beziehungsweise bei Änderungsvorschlägen des Senats kann der Sejm mit absoluter Mehrheit bei einer Präsenz von mindestens der Hälfte der Abgeordneten sein Gesetzesvorhaben durchbringen. Entscheidungen des Senats haben hier also nur aufschiebende Wirkung. Allerdings wird das Agieren der Opposition so sichtbar werden als in der letzten Parlamentsperiode. Zudem wird auch das Amt des Senatsmarschalls, nach dem Staatspräsidenten und dem Sejmmarschall das dritthöchste Staatsamt, an die Opposition fallen.

Mögliche Szenarien

Nach den Wahlen werden nun intensiv die unterschiedlichen Strategien für die beginnende Parlamentsperiode diskutiert. Erklärtes Ziel der *PiS* im Wahlkampf und auch in den ersten Äußerungen nach dem Wahlsieg ist es, die Reformen nach eigenen Vorstellungen fortzusetzen und den »guten Wandel« hin zu einem anderen, einem illiberalen Staat umzusetzen. Dazu gehören die Vollendung der Justizreform einschließlich der Disziplinierung unbotmäßiger Richter, die Dekonzentration und eventuell Repolonisierung des privaten Medienmarktes, was insbesondere auf die mit der Opposition verbundenen Medien abzielt, die Einschränkung der Kompetenzen der regionalen Selbstverwaltung insbesondere in den großen Städten, da hier die Opposition stark ist, und eine noch stärkere Position des Staates im Bereich der Kultur. Die weitere Forcierung einer patriotischen Geschichtspolitik und die Auseinandersetzungen um normative Fragen wie Abtreibung, *LGBT* oder die Rolle der katholischen Kirche in Erziehung und Gesellschaft könnten ein so skizziertes Szenario vervollständigen. Die Spaltung der Gesellschaft, die sich auch im aktuellen Wahlergebnis zeigt, würde sich weiter verfestigen.

Allerdings ist auch ein anderes Szenario denkbar. Der Wahlsieg der *PiS* war zwar deutlich, aber die Partei hat trotz der Vereinnahmung des gesamten Machtapparates und der linientreuen staatlichen Medien keineswegs die Mehrheit der Gesellschaft hinter sich. Angesichts der zu erwartenden hohen Kosten der sozialpolitischen Versprechungen und des oppositionellen Gegengewichtes im Senat könnte auch eine Abschwächung des illiberalen Kurses eintreten. Bereits jetzt warnen konservative Journalisten und Politiker davor, den Bogen zu überspannen, und vor einer Einschränkung der Unabhängigkeit der

Kultur, da dies Kreativität behindern und eine Gegenreaktion hervorrufen könnte. Die Toleranz für gleichgeschlechtliche Beziehungen hat sich im Übrigen in den letzten 20 Jahren deutlich vergrößert und nur 24 % lehnen gleichgeschlechtliche Beziehungen vollständig ab. Ebenso wäre ein erneuter Versuch der Verschärfung des Abtreibungsrechts wohl zum Scheitern verurteilt, da auch hier die klare Mehrheit der Gesellschaft anderer Ansicht ist. Da die Demokratie ebenso wie die Mitgliedschaft in der Europäischen Union in der Gesellschaft fest verankert ist, sind die Möglichkeiten für die Errichtung eines illiberalen Staates mit entsprechendem normativem Fundament begrenzt. Die größte Zustimmung dürften noch der patriotische Ansatz und eine entsprechende Geschichtspolitik erhalten, da Patriotismus aus historischen Gründen in der polnischen Gesellschaft stark verwurzelt ist. Was bleibt ist der weitere institutionelle Umbau mit Widerstand im Senat und gegebenenfalls von Seiten der EU, falls Grundprinzipien der EU verletzt werden. Zwar gibt es Szenarien, die Verfassung auch ohne entsprechende Mehrheit im Parlament zu umgehen, allerdings scheint die Einführung von Verfassungsgesetzen (*ustawa organiczna*), über die Bartłomiej Nowotarski in der *Gazeta Wyborcza* spekuliert hatte, juristisch und politisch schwer durchzusetzen zu sein. Derartige Gesetze wären unterhalb einer Verfassungsänderung angesiedelt, hätten aber eine größere Kraft als einfache Gesetze und es wäre schwieriger, sie wieder zu ändern. Eine Mehrheit dafür ist im neuen Sejm jedoch nicht absehbar.

Ausblick

Die weitere Entwicklung hängt in hohem Maße auch davon ab, wie sich die Opposition nun aufstellen wird – auch im Hinblick auf die Präsidentenwahlen im Frühjahr nächsten Jahres. Alle Wahlbündnisse müssen neu überdacht werden, das Führungspersonal sich neu bewähren. In der Bürgerplattform ist die Position des Vorsitzenden Schetyna nach dem schwachen Wahlergebnis angeschlagen. Wenige Tage nach der Wahl hat der ehemalige Justizminister und stellvertretende Parteivorsitzende Borys Budka bereits durchblicken lassen, eventuell gegen Schetyna um den Parteivorsitz zu konkurrieren. Gestützt auf ein sehr gutes Wahlergebnis und eine gewisse mediale Präsenz dürfte er gute Chancen haben. Auch bei der Linken steht noch ein Klärungsprozess an. Während die Partei *Razem* bereits angekündigt hat, im Parlament eine eigene Parlamentsvertretung haben zu wollen, ist eine Vereinigung von *Wiosna* und *SLD* nicht ausgeschlossen. Fraglich bleibt aber, ob die Mitglieder der *SLD* ihrem Parteichef Włodzimierz Czarzasty hier folgen werden angesichts der langjährigen Traditionen der Partei und des deutlich größeren Parteivermögens.

Ungewissheit besteht auch bei der Bauernpartei *PSL* und ihrem Zusammenschluss mit Paweł Kukiz. Dieser sprunghafte Politiker lässt sich mit seiner Partei nur schwer in strategisches Kalkül einbinden.

Bei der *PiS* dürfte sich eher früher als später die Nachfolgefrage für den 70-jährigen Parteichef Kaczyński stellen. Da Ministerpräsident Morawiecki nicht über die nötige Hausmacht verfügt, bahnt sich ein Wettbewerb mit ungewissem Ausgang an. Welche Rolle dabei die Koalitionspartner *Solidarna Polska* um Justizminister Ziobro und *Porozumienie* um Wissenschaftsminister Gowin spielen werden, ist völlig offen.

Es bleiben die Präsidentschaftswahlen im kommenden Jahr. Amtsinhaber Andrzej Duda ist im Lande populär und verfügt über ein einnehmendes Wesen. Obgleich er im Wesentlichen den Kurs der *PiS* ohne Wenn und Aber implementiert hat, suggeriert er bei öffentlichen Auftritten und auch durch seine abwägende Position in der Justizreform, in der er durch ein Veto zumindest leichte Modifikationen erreichte, eine gewisse Unabhängigkeit. Viel wird daher von seinem Gegenkandidaten abhängen. Zwar dürften weder Linke noch die *PSL* auf die Aufstellung eines eigenen Kandidaten verzichten, aber in einer Stichwahl, falls kein Kandidat die absolute Mehrheit bereits im ersten Wahlgang erreichen sollte, würde wohl der Kandidat der Bürgerplattform gegen Duda ins Rennen gehen und hier sind gegenwärtig

nur zwei Kandidaten vorstellbar. Auf der einen Seite EU-Ratspräsident Donald Tusk, der im Lande nach wie vor populär ist und eine Kandidatur zumindest nicht ausschließt. Auf der anderen Seite könnte Małgorzata Kidawa-Błońska Präsidentschaftskandidatin werden. Sie ist die Urenkelin des Präsidenten der Zwischenkriegszeit, Stanisław Wojciechowski, und des Ministerpräsidenten Władysław Grabski, gleichfalls aus der Zwischenkriegszeit. Für kurze Zeit war sie 2015 auch Sejm marschallin und in den Parlamentswahlen 2019 erzielte sie mit gut 416.000 Stimmen landesweit das beste Ergebnis. Anders als Tusk ist sie nicht Teil der scharfen politischen Auseinandersetzungen der letzten Jahre gewesen und könnte damit für viele Polen eher wählbar sein als der Präsident des Europäischen Rates. Nach aktuellen Umfragen würden aber beide gegen Amtsinhaber Duda in einer Stichwahl verlieren – Tusk klar, Kidawa-Błońska knapp.

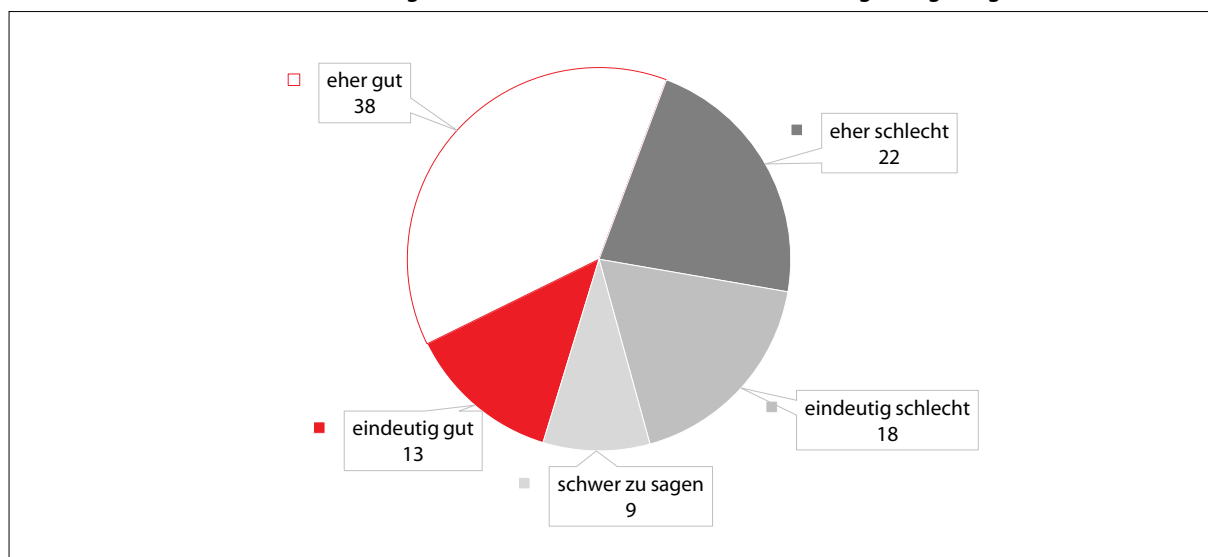
Die nächsten Wochen und Monate bis zur Präsidentschaftswahl werden zeigen, welches Szenario realisiert werden wird: die Vollendung des Staatsumbaus oder aber die Konsolidierung des Erreichten und eine Annäherung an die Opposition. Ein Wechsel im Präsidentenamt, also eine Kohabitation, würde eine Fortsetzung des bisherigen Kurses ausschließen. An der Weichsel bleibt es spannend.

Über den Autor

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Politologe und Historiker, hat die Professur für Kultur- und Länderstudien an der TU Chemnitz inne. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die polnische Innenpolitik, die deutsch-polnischen Beziehungen und Geschichtspolitik in Ostmitteleuropa.

Einstellungen zur bisherigen Regierungstätigkeit, Homosexualität, Demokratie und Medien

Grafik 1: Wie beurteilen Sie die Tätigkeiten der PiS nach mehr als drei Jahren Regierungstätigkeit? (%)*



*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit

Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 18/2019: Ocena rządów PiS po ponad trzech latach sprawowania władzy [Die Beurteilung der PiS-Regierung nach mehr als drei Jahren Regierungstätigkeit]. Warszawa 02/2019. www.cbos.pl

Tabelle 1: Gründe für die guten Beurteilungen der Tätigkeiten der PiS (%)*

allgemeine Beurteilung der Tätigkeiten	26
die Entschiedenheit und Wirksamkeit beim Handeln; sie regieren gut, sie verbessern Polen, gute Veränderungen, sie wollen etwas machen	17
die Umsetzung der Wahlversprechen	10
Tätigkeiten und Veränderungen im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bereich	69
das Familienförderprogramm »500+«	29
die Familienpolitik, die Hilfe für kinderreiche Familien, die Verbesserung der Situation alleinerziehender Mütter	14
die Wirtschaftspolitik, die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation und der Situation der Unternehmen	13
die Sozialpolitik, die Sozialprogramme, sie helfen den Menschen, sie geben Unterstützung, sie kümmern sich um die gewöhnlichen Menschen	10
die Fiskalpolitik: der Anstieg der Mehrwertsteuereinnahmen, die Verbesserungen beim Einziehen der Mehrwertsteuer, der Kampf gegen die Mehrwertsteuermafia	6
die Verbesserung der Lebensbedingungen, der Lebensqualität; man lebt gut	6
die Senkung des Renteneintrittsalters	6
die Verbesserung der Situation am Arbeitsmarkt, die Beseitigung der Arbeitslosigkeit	6
der Wiederaufbau der Industrie, der Werften; die Betriebe werden wiederbelebt; sie schließen keine Bergwerke, sie verkaufen das nationale Eigentum nicht	3
die Verbesserung der Situation armer Menschen, die Hilfe für Arme, sie haben die Armut beseitigt	3
der Anstieg der Löhne, der Anstieg des Mindestlohns, der Mindeststundenlöhne	3

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Gründe für die guten Beurteilungen der Tätigkeiten der PiS (%)* (Fortsetzung)

Tätigkeiten und Veränderungen im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bereich	(Fortsetzung)
die Erhöhung der Altersrenten (und anderer Renten), die Verbesserung der Situation der Rentner	3
der finanzielle Zuschuss für Schüler »300+«, kostenlose Schulbücher	3
das Programm »Wohnung+«, die Zuschüsse für Wohnungen	2
die Verbesserung der Infrastruktur (Straßen, Eisenbahn)	2
die Repolonisierung, sie stellen in den Firmen das Polnische wieder her, sie kauften die Seilbahn auf den Kasprowy Wierch zurück, der Rückkauf polnischer Banken	1
die Verbesserung der Situation der Arbeitnehmer – die Beseitigung der Grauzone, handelsfreie Sonntage, die Beschränkung der sog. Müllverträge	1
bessere Perspektiven für die jungen Menschen, immer weniger junge Menschen verlassen das Land	1
die Politik für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft, Verbesserungen in diesen Bereichen	1
die Unterstützung für kleine Firmen: die Senkung der Sozialabgaben für kleine Firmen, die Reduzierung der Steuern für kleine Firmen	1
Tätigkeiten in anderen Bereichen	14
die Außenpolitik – Entschlossenheit, wachsende Bedeutung des Landes auf der internationalen Bühne	3
keine Flüchtlinge, die Migrationspolitik	3
die Bekämpfung von Affären, sie fordern Rechenschaft bei Affären – Amber Gold-Affäre, Reprivatisierungsaffäre	3
die Bekämpfung der Korruption, der Kriminalität	2
die Veränderungen in der Gerichtsbarkeit, die Verbesserungen in der Justiz	2
die Verbesserungen im Bereich der Sicherheit des Staates, die Modernisierung der Streitkräfte, das Funktionieren der uniformierten Dienste	1
die Abschaffung der Mittelschulen, die Reform des Schulwesens, das Berufsschulwesen	1
Tätigkeiten und Veränderungen in anderen Bereichen	1
Werte, Moral	6
sie repräsentieren traditionelle Werte: Patriotismus, Verteidigung der nationalen Identität, Religiosität	3
positive Beurteilung der Qualität des Regierens und der moralischen Qualifikationen: weniger Affären, Ehrlichkeit, sie stehlen nicht, es sind gute Leute	3
andere	3
allgemein ausgedrückte Unterstützung für die PiS: ich habe Vertrauen zu dieser Gruppierung, ich unterstütze sie, mir gefallen die Einstellungen ihrer Politiker	1
ambivalente Bewertungen der PiS: sie haben weder Gutes noch Schlechtes getan	1
schwer zu sagen	6

N=474

*PiS/Prawo i Sprawiedliwość/PiS – Recht und Gerechtigkeit

Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 18/2019: Ocena rządów PiS po ponad trzech latach sprawowania władzy [Die Beurteilung der PiS-Regierung nach mehr als drei Jahren Regierungstätigkeit]. Warszawa 02/2019. www.cbos.pl

Tabelle 2: Gründe für die schlechten Beurteilungen der Tätigkeiten der PiS (%)*

allgemeine Beurteilung der Tätigkeiten	17
sie regieren schlecht: sie waren untätig, sie haben nichts vorzuweisen, schlechte Entscheidungen im Allgemeinen	15
sie schaden Polen, sie zerstören alles	3
Machtmissbrauch	37
der Verfassungsbruch, die fehlende Rechtsstaatlichkeit, die Rechtsbrüche, sie beschädigten die rechtliche Ordnung in Polen	10
die Beschränkung der Demokratie, sie wollen die gesamte Macht übernehmen, der Angriff auf die Demokratie	7
die Änderungen im Gerichtswesen, der Angriff auf die Gerichte, der Bruch mit der Dreiteilung der Gewalt	6
die niedrigen Standards in der politischen Debatte und des Gesetzgebungsprozesses: die Marginalisierung der Opposition, das Blockieren der Diskussionen über wichtige Themen	6
sich um die eigenen Interessen kümmern, aber nicht um das Wohl des Landes: geldgierig, sie bestehlen uns, Prämien geben sie nur sich selbst	6
der Nepotismus, das Besetzen der Positionen mit den eigenen Leuten, die Inbesitznahme des Staates	4
die Arroganz, der Hochmut der Politiker, die zur PiS gehören, die öffentliche Meinung zählt nicht, die Stimme der Gesellschaft wird nicht gehört	4
das Diktat Kaczyńskis, die Mitglieder der Regierung haben keine eigene Meinung, es mangelt an Selbständigkeit des Staatspräsidenten**	2
die Beschränkung der Freiheit des Wortes und der bürgerlichen Freiheiten	1
das Verfassungstribunal – die Veränderungen	1
andere Einwände gegenüber der Qualität und der Art und Weise zu regieren	27
die Unzuverlässigkeit, der Betrug an den Menschen, das nicht Einlösen der Wahlversprechen, sie lügen, sie sagen das eine und tun das andere	10
das Spalten der Gesellschaft, das Eskalieren von Konflikten, das Vertiefen der gesellschaftlichen Spaltungen, die Spaltung der Polen, sie haben die Menschen gegeneinander aufgebracht	9
das Säen des Hasses, das Anschwärzen der Menschen, Hetze, sie machen Hexenjagden, die übermäßige Kritik an der Vorgängerregierung	5
der Populismus – allgemein	2
keine angemessene Personalpolitik, die mangelnde Kompetenz der Regierung, es fehlt allgemein Personal	1
die Konflikte im Regierungslager	1
Die Affären: die Bankenaffäre SKOK, die Affäre der Aufsichtsbehörde KNF usw., die Korruption	1
Smoleńsk – das Ausnutzen des Flugzeugunglücks für politische Ziele	1
andere Einwände: missgünstig, nachtragend	1
Tätigkeiten im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bereich	27
die Verteilung des Geldes, eine falsche Sozialpolitik, der Kauf der Wählerschaft, das Familienförderprogramm »500+«	9
die schlechte Wirtschaftspolitik, feindlich gegenüber Firmen: ständige Kontrollen, die Zerstörung der Unternehmen	7
die Einwände gegenüber dem Familienförderprogramm »500+«: die ungerechten Regeln für die Anerkennung, die ungleiche Behandlung der Kinder und Familien	5
das Ansteigen der Preise und Abgaben, teures Benzin, teure Medikamente	5
die Steuererhöhungen, fehlende Steuersenkungen (Mehrwertsteuer)	3

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 2: Gründe für die schlechten Beurteilungen der Tätigkeiten der PiS (%)* (Fortsetzung)

Tätigkeiten im sozialpolitischen und wirtschaftlichen Bereich	(Fortsetzung)
die niedrigen Löhne, fehlende Lohnerhöhungen, die niedrigen Gehälter im staatlichen Sektor	2
die niedrigen Renten, die fehlenden Rentenerhöhungen, die schlechte Lage der Rentner	2
die schlechte Lage am Arbeitsmarkt, der Mangel an guter Arbeit, die Aufnahme von Arbeitsimmigranten	1
die Politik für den ländlichen Raum und die Landwirtschaft, das Verkaufsverbot für Grund und Boden	1
die Emigration junger Menschen, die fehlenden Perspektiven für junge Menschen	1

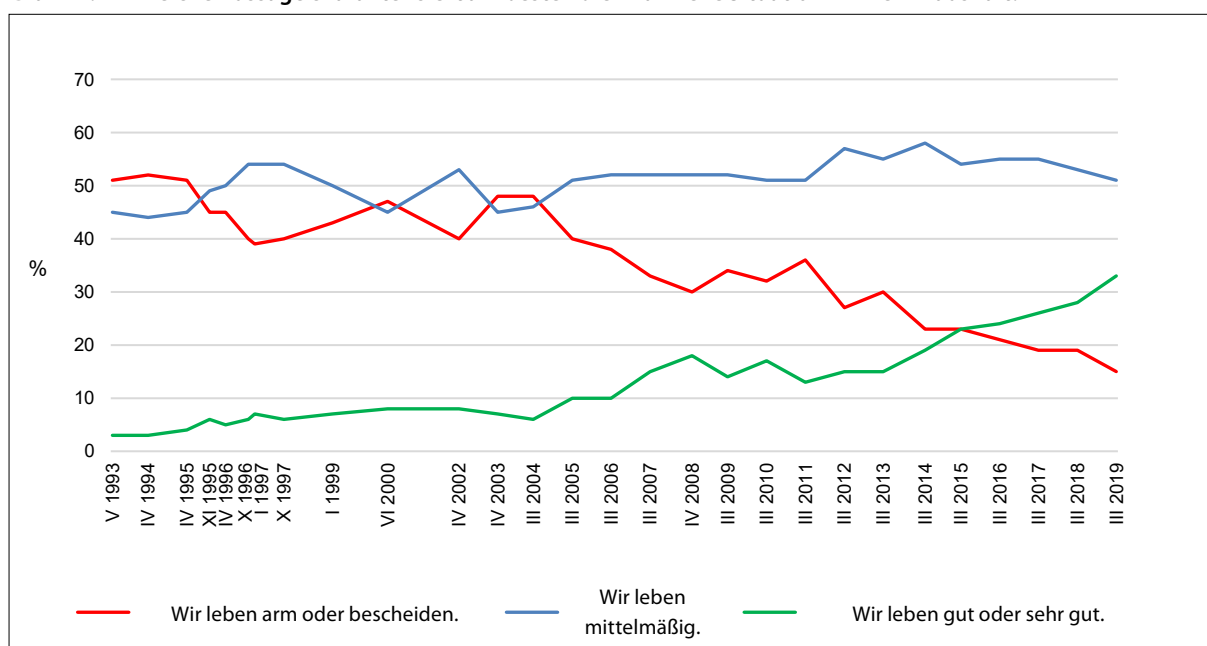
N=365

*PiS/Prawo i Sprawiedliwość/PiS – Recht und Gerechtigkeit

** Jarosław Kaczyński, Vorsitzender der PiS

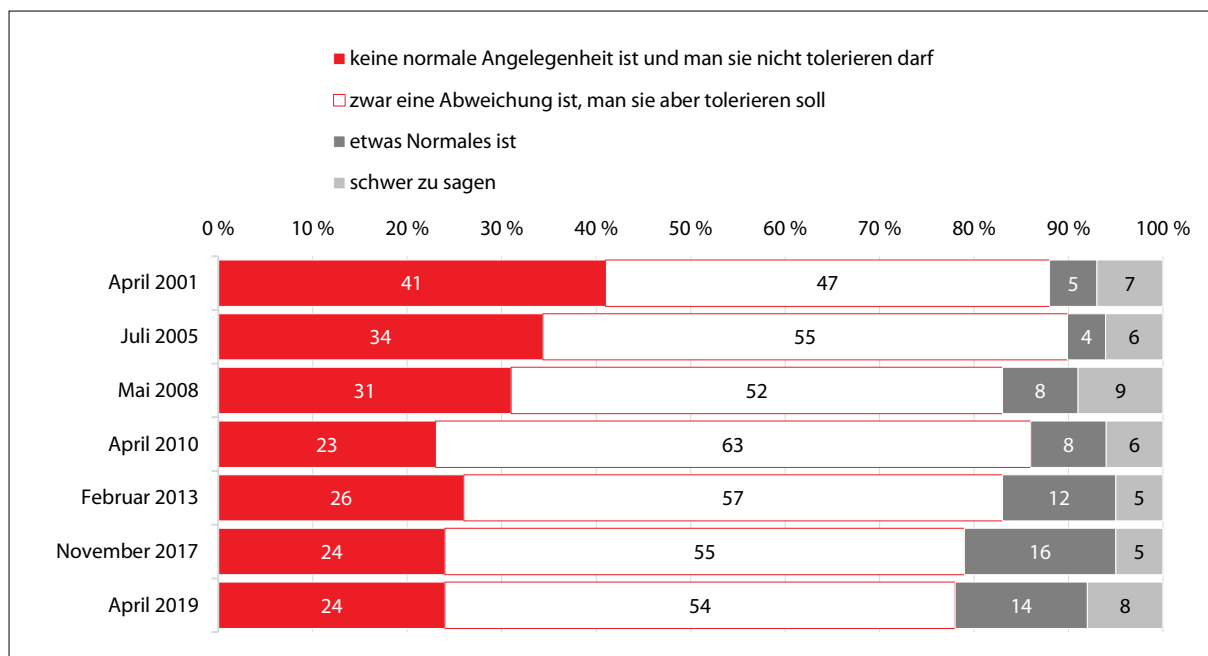
Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 18/2019: Ocena rządów PiS po ponad trzech latach sprawowania władzy [Die Beurteilung der PiS-Regierung nach mehr als drei Jahren Regierungstätigkeit]. Warszawa 02/2019. www.cbos.pl

Grafik 2: Welche Aussage charakterisiert am besten die finanzielle Situation in Ihrem Haushalt?



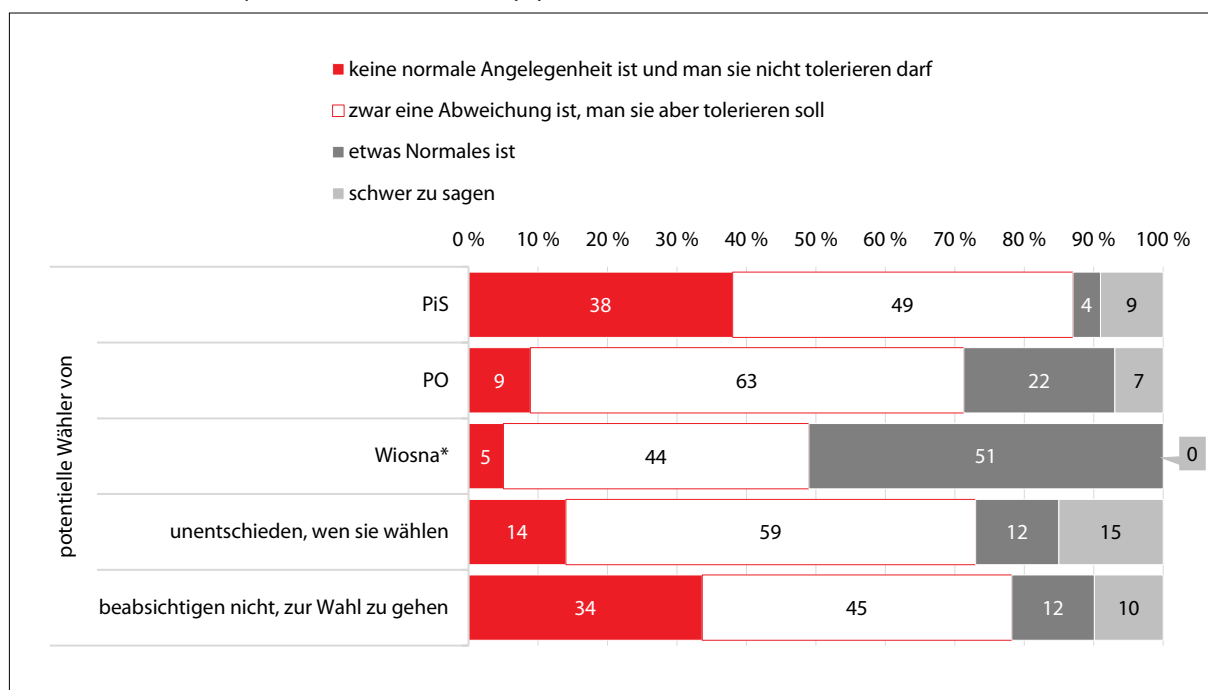
Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 64/2019: Materialne warunki życia [Die materiellen Lebensbedingungen]. Warszawa 05/2019. www.cbos.pl

Grafik 3: Finden Sie, dass Homosexualität...? (%)



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 90/2019: Stosunek Polaków do związków homoseksualnych [Die Einstellung der Polen zu homosexuellen Beziehungen]. Warszawa 07/2019. www.cbos.pl

Grafik 4: Finden Sie, dass Homosexualität...? (%)

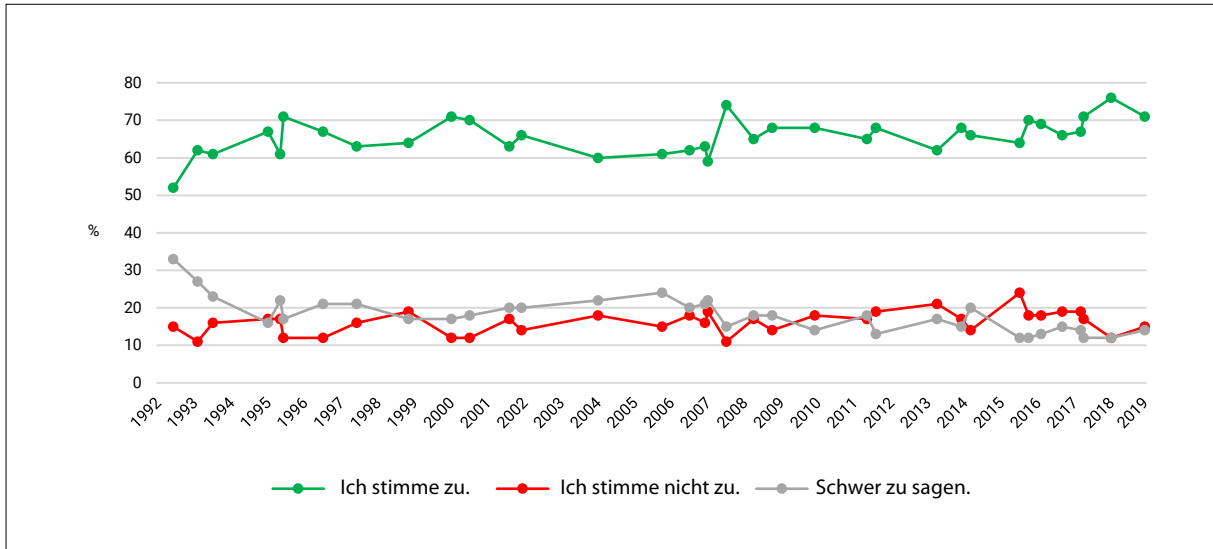


*geringe Anzahl der Wähler dieser Partei in der Umfrage

PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit, PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, Wiosna – Frühling

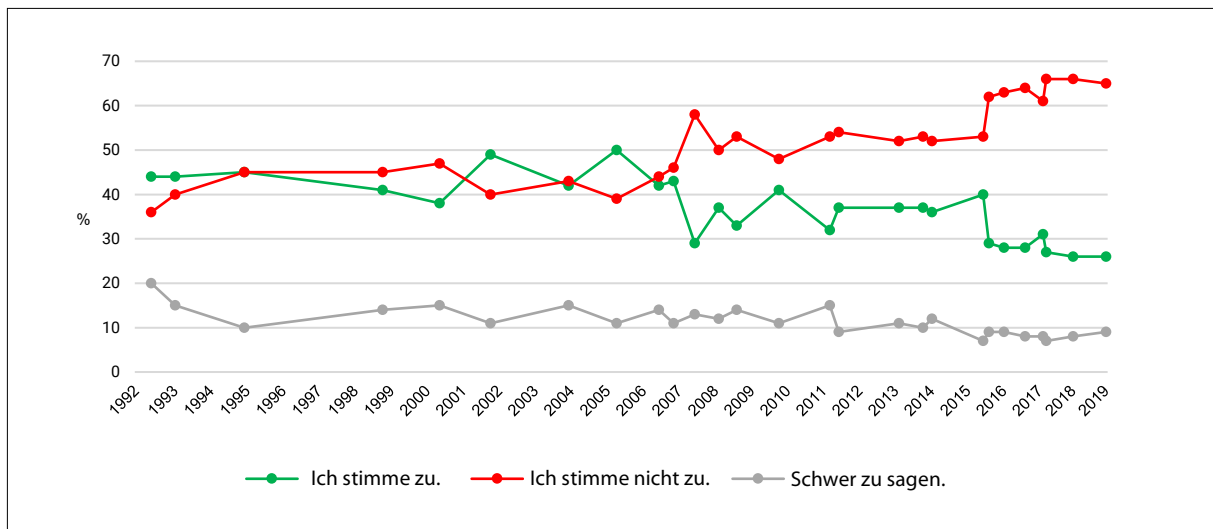
Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 90/2019: Stosunek Polaków do związków homoseksualnych [Die Einstellung der Polen zu homosexuellen Beziehungen]. Warszawa 90/2019. www.cbos.pl

Grafik 5: Stimmen Sie der Äußerung zu, dass die Demokratie allen anderen Regierungsformen überlegen ist?



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 68/2019: Polacy o demokracji [Die Polen über die Demokratie]. Warszawa 05/2019. www.cbos.pl

Grafik 6: Stimmen Sie der Äußerung zu, dass es für Menschen wie Sie im Grunde keine Bedeutung hat, ob die Regierungen demokratisch oder undemokratisch sind?



Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 68/2019: Polacy o demokracji [Die Polen über die Demokratie]. Warszawa 05/2019. www.cbos.pl

Tabelle 3: Nennen Sie alle Fernsehsender, in denen Sie Informations- und publizistische Sendungen sehen. (%)

TVP 1	53*
TVP 2	39*
TVP Info	36*
Polsat	54**
Polsat News	8**
TVN	48***
TVN 24	32***
Telewizja Trwam	9****
Telewizja Republika	3*****
keiner der genannten Sender	11

* staatlicher, regierungsnaher Fernsehsender

** privater Unterhaltungssender

*** privater, regierungskritischer Fernsehsender

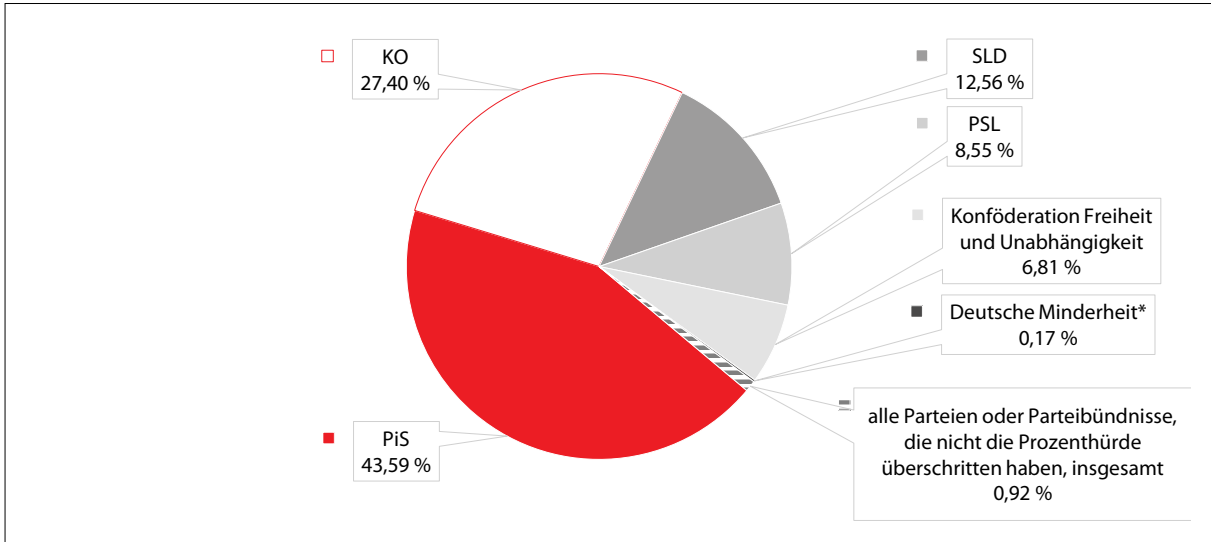
**** privater, katholisch-nationalistischer Fernsehsender

***** privater, konservativer Fernsehsender

Quelle: CBOS: Komunikat z Badań Nr. 70/2019: Wiarygodność mediów [Die Glaubwürdigkeit der Medien]. Warszawa 05/2019. www.cbos.pl

Die Wahlergebnisse

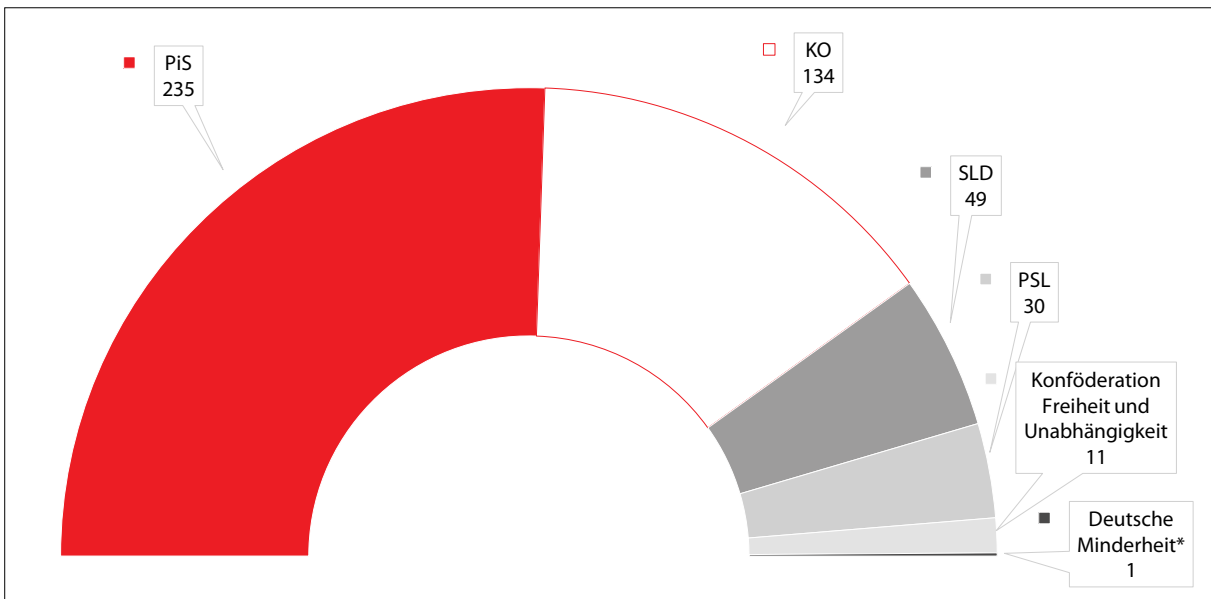
Grafik 1: Die Stimmenverteilung auf die Wahlkomitees bei der Wahl zum Sejm 2019



*Bei Parteien von Minderheiten gilt keine Prozenzhürde.

Wahlkomitee: PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit (dazu gehören: PiS, Polen Gemeinsam von Jarosław Gowin – Polska Razem Jarosława Gowina, Solidarisches Polen – Solidarna Polska); KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition (dazu gehören: PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, Nowoczesna – Die Moderne, Inicjatywa Polska – Initiative Polen, Zieloni – Die Grünen); SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz (dazu gehören: SLD, Wiosna – Frühling, Razem – Gemeinsam); PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei (dazu gehören: PSL, Kukiz '15); Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit – Konfederacja Wolność i Niepodległość (dazu gehören: Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit, KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung, Ruch Narodowy – Nationale Bewegung); Deutsche Minderheit – Mniejszość Niemiecka
Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]. <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2019/pl/wyniki/sejm/pl> (abgerufen am 16.10.2019).

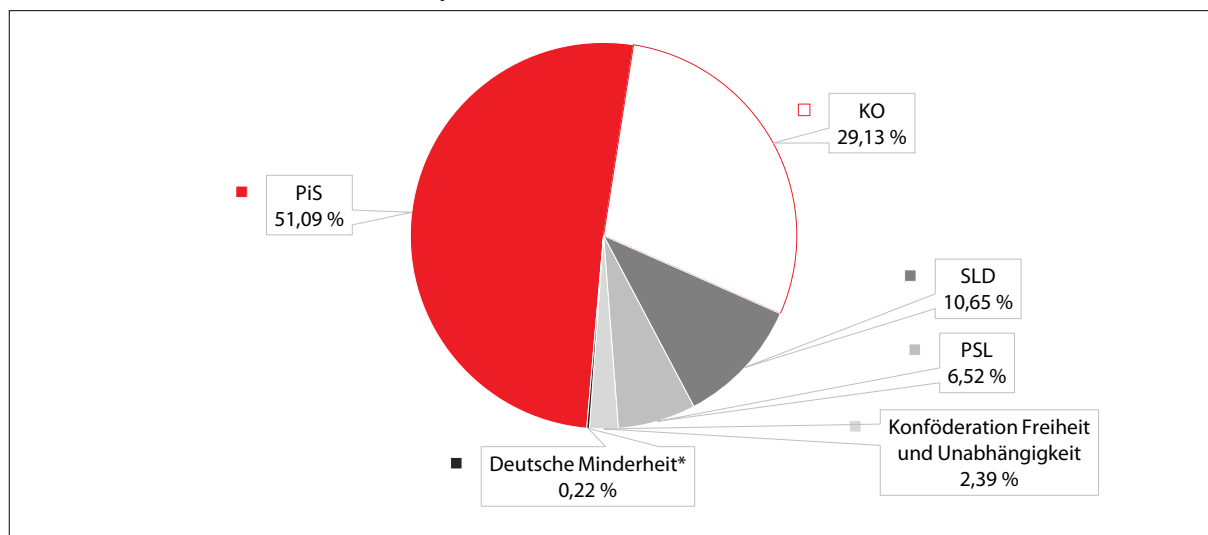
Grafik 2: Die Verteilung der Mandate auf die Wahlkomitees nach der Wahl zum Sejm 2019



*Bei Parteien von Minderheiten gilt keine Prozenzhürde.

Wahlkomitee: PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit (dazu gehören: PiS, Polen Gemeinsam von Jarosław Gowin – Polska Razem Jarosława Gowina, Solidarisches Polen – Solidarna Polska); KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition (dazu gehören: PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, Nowoczesna – Die Moderne, Inicjatywa Polska – Initiative Polen, Zieloni – Die Grünen); SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz (dazu gehören: SLD, Wiosna – Frühling, Razem – Gemeinsam); PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei (dazu gehören: PSL, Kukiz '15); Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit – Konfederacja Wolność i Niepodległość (dazu gehören: Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit, KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung, Ruch Narodowy – Nationale Bewegung); Deutsche Minderheit – Mniejszość Niemiecka
Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]. <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2019/pl/wyniki/sejm/pl> (abgerufen am 16.10.2019).

Grafik 3: Das Stimmenverhältnis im Sejm nach der Wahl 2019



*Bei Parteien von Minderheiten gilt keine Prozenzhürde.

Wahlkomitee: PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit (dazu gehören: PiS, Polen Gemeinsam von Jarosław Gowin – Polska Razem Jarosława Gowina, Solidarisches Polen – Solidarna Polska); KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition (dazu gehören: PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, Nowoczesna – Die Moderne, Inicjatywa Polska – Initiative Polen, Zieloni – Die Grünen); SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz (dazu gehören: SLD, Wiosna – Frühling, Razem – Gemeinsam); PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei (dazu gehören: PSL, Kukiz '15); Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit – Konfederacja Wolność i Niepodległość (dazu gehören: Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit, KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung, Ruch Narodowy – Nationale Bewegung); Deutsche Minderheit – Mniejszość Niemiecka
Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]. <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2019/pl/wyniki/sejm/pl> (abgerufen am 16.10.2019).

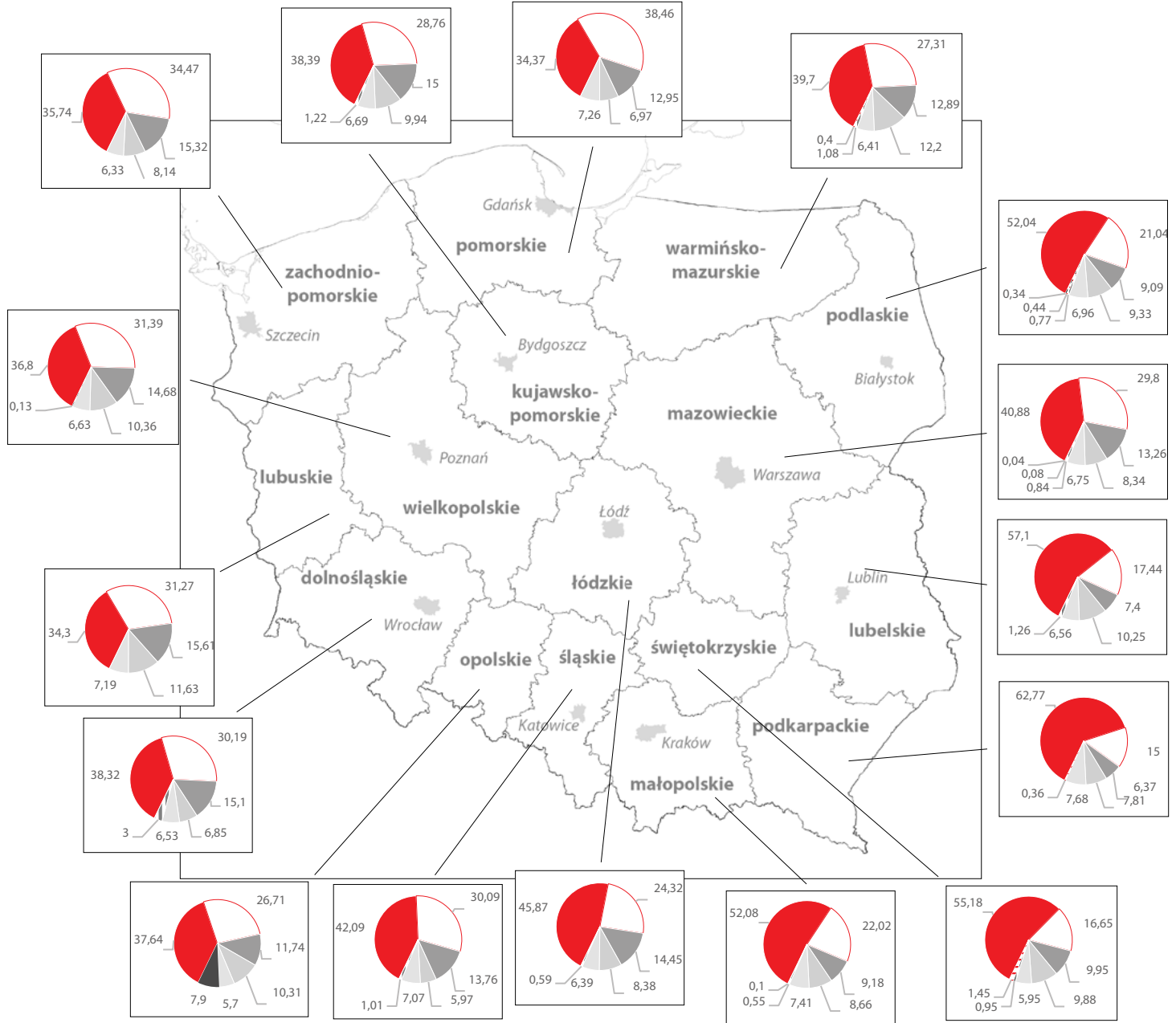
Tabelle 1: Die Stimmenverteilung bei der Wahl zum Sejm 2019 (%)

Wahlkomitee	Stimmenanteil	Anzahl der Mandate	Anteil an den Mandaten
PiS	43,59%	235	51,09%
KO	27,40%	134	29,13 %
SLD	12,56%	49	10,65 %
PSL	8,55%	30	6,52 %
Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit	6,81 %	11	2,39%
Deutsche Minderheit*	0,17 %	1	0,22 %
Koalition der Parteilosen und der Selbstverwalter	0,78 %	0	0
Die Effektiven von Piotr Liroy-Marzec	0,10 %	0	0
Aktion der Enttäuschten Pensionäre und Rentner	0,03 %	0	0
Die Rechte	0,01 %	0	0
insgesamt	100 %	460	100 %

*Bei Parteien von Minderheiten gilt keine Prozenzhürde.

Wahlkomitee: PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit (dazu gehören: PiS, Polen Gemeinsam von Jarosław Gowin – Polska Razem Jarosława Gowina, Solidarisches Polen – Solidarna Polska); KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition (dazu gehören: PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, Nowoczesna – Die Moderne, Inicjatywa Polska – Initiative Polen, Zieloni – Die Grünen); SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz (dazu gehören: SLD, Wiosna – Frühling, Razem – Gemeinsam); PSL/Polskie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei (dazu gehören: PSL, Kukiz '15); Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit – Konfederacja Wolność i Niepodległość (dazu gehören: Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit, KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung, Ruch Narodowy – Nationale Bewegung); Deutsche Minderheit – Mniejszość Niemiecka; Koalition der Parteilosen und der Selbstverwalter – Koalicja Bezpartyjni i Samorządowców; Die Effektiven von Piotr Liroy-Marzec – Skuteczni Piotra Liroya-Marca; Aktion der Enttäuschten Pensionäre und Rentner – Akcja Zawiedzionych Emerytów i Rentistów; Die Rechte – Prawica
Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]. <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2019/pl/wyniki/sejm/pl> (abgerufen am 16.10.2019).

Grafik 4: Die Stimmenverteilung nach Woiwodschaften bei der Wahl zum Sejm 2019 (%)



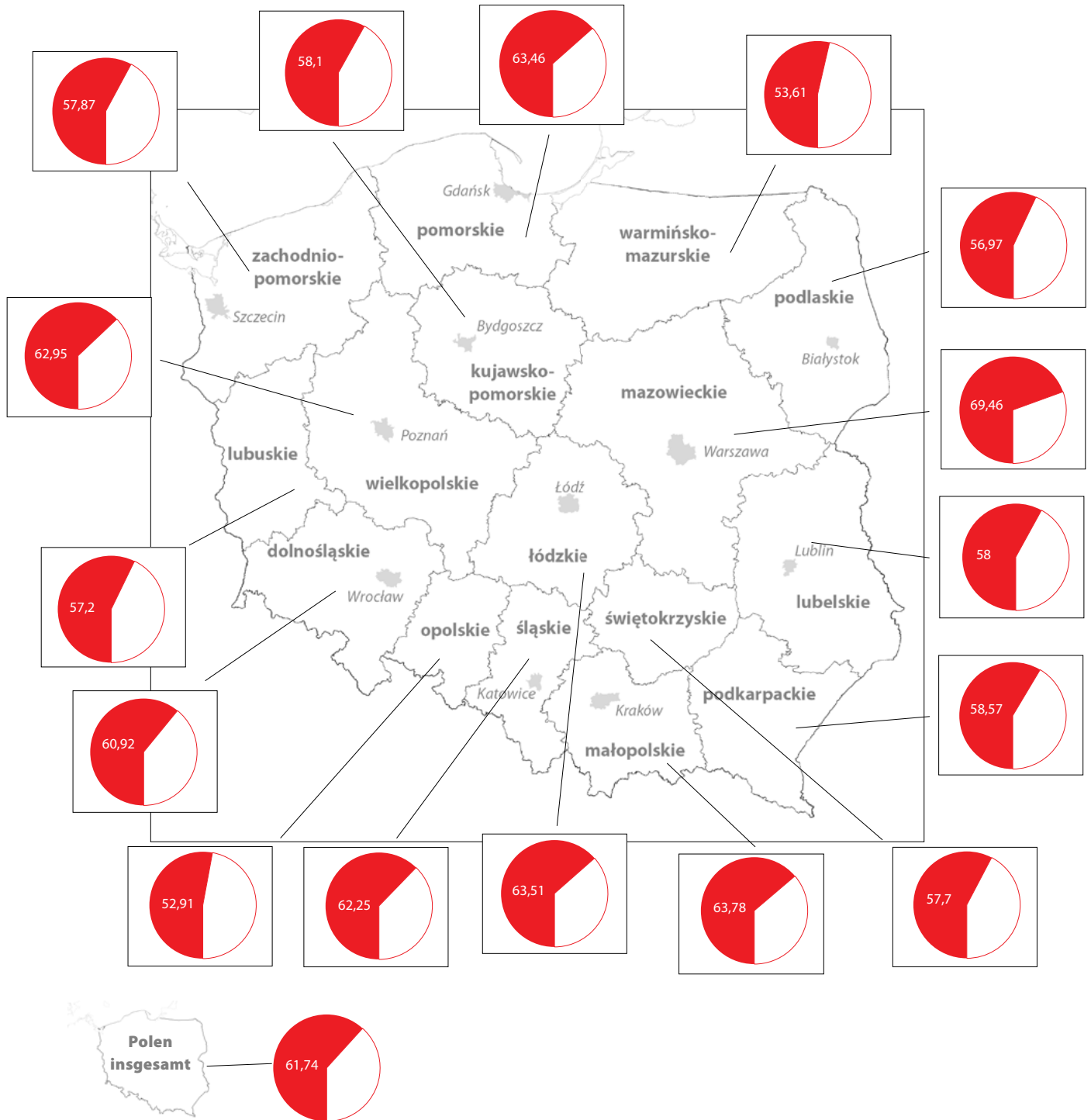
Wahlkomitee:

- PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit (dazu gehören: PiS, Polen Gemeinsam von Jarosław Gowin – Polska Razem Jarosława Gowina, Solidarisches Polen – Solidarna Polska);
- KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition (dazu gehören: PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, Nowoczesna – Die Moderne, Inicjatywa Polska – Initiative Polen, Zieloni – Die Grünen);
- SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz (dazu gehören: SLD, Wiosna – Frühling, Razem – Gemeinsam);
- PSL/Polские Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei (dazu gehören: PSL, Kukiz '15);
- Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit – Konfederacja Wolność i Niepodległość (dazu gehören: Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit, KORWiN/Koalicja Odnowy Rzeczypospolitej Wolność i Nadzieja – Koalition der Erneuerung der Republik Freiheit und Hoffnung, Ruch Narodowy – Nationale Bewegung);
- Deutsche Minderheit – Mniejszość Niemiecka
- Koalition der Parteilosen und der Selbstverwalter – Koalicja Bezpartyjni i Samorządowców;
- Die Effektiven von Piotr Liroy-Marzec – Skuteczni Piotra Liroya-Marca;
- Aktion der Enttäuschten Pensionäre und Rentner – Akcja Zawiedzionach Emerytów i Renecistów;
- Die Rechte – Prawica

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]. <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2019/pl/wyniki/sejm/pl> (abgerufen am 16.10.2019).

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org>, <http://polygons.openstreetmap.fr/index.py> und http://geonode.iwlearn.org/layers/geonode:seavox_sea_area_polygons

Grafik 5: Die Wahlbeteiligung nach Woiwodschaften bei der Wahl zum Sejm 2019 (%)



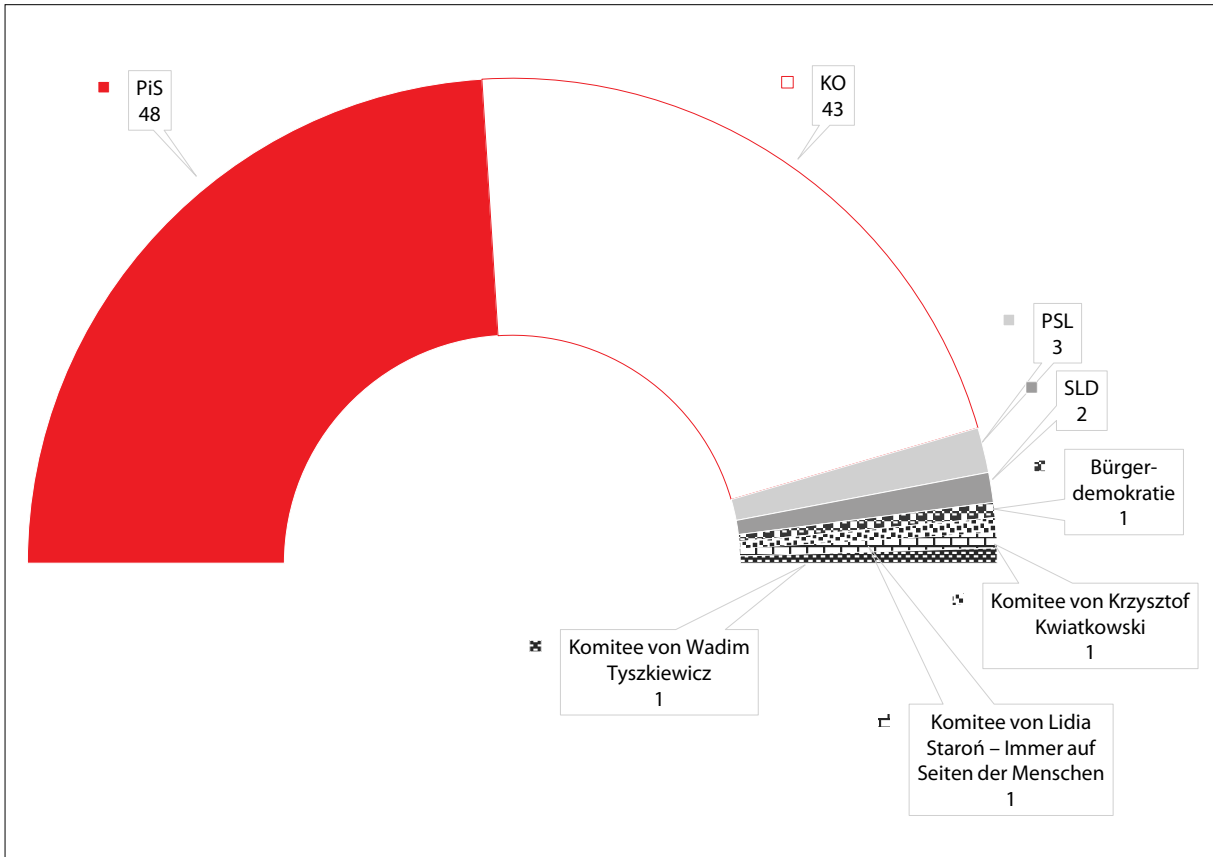
województwo/Woiwodschaft:

dolnośląskie: Niederschlesien; kujawsko-pomorskie: Kujawien-Pommern; łódzkie: Lodz; lubelskie: Lublin; lubuskie: Lebus; małopolskie: Kleinpolen; mazowieckie: Masowien; opolskie: Oppeln; podkarpackie: Vorkarpaten; podlaskie: Podlachien; pomorskie: Pommern; śląskie: Schlesien; świętokrzyskie: Heiligkreuz; warmińsko-mazurskie: Ermland-Masuren; wielkopolskie: Großpolen; zachodnio-pomorskie: Westpommern.

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission]. <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2019/pl/wyniki/sejm/pl> (abgerufen am 16.10.2019).

Karte erstellt von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen in QGIS mit Geodaten von <https://nominatim.openstreetmap.org>, <http://polygons.openstreetmap.fr/index.py> und http://geonode.iwlearn.org/layers/geonode:seavox_sea_area_polygons

Grafik 6: Die Sitzverteilung im Senat nach den Wahlen 2019 (%)



Wahlkomitee: PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit (dazu gehören: PiS, Polen Gemeinsam von Jarosław Gowin – Polska Razem Jarosława Gowina, Solidarisches Polen – Solidarna Polska); KO/Koalicja Obywatelska – Bürgerkoalition (dazu gehören: PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform, Nowoczesna – Die Moderne, Inicjatywa Polska – Initiative Polen, Zieloni – Die Grünen); SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz (dazu gehören: SLD, Wiosna – Frühling, Razem – Gemeinsam); PSL/Polские Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei (dazu gehören: PSL, Kukiz '15); Wählerwahlkomitee Bürgerdemokratie – Komitet Wyborczy Wyborców Demokracja Obywatelska; Wählerwahlkomitee von Krzysztof Kwiatkowski – Komitet Wyborczy Wyborców Krzysztofa Kwiatkowskiego; Wählerwahlkomitee Lidia Staroń – Immer auf Seiten der Menschen – Komitet Wyborczy Wyborców Lidia Staroń – Zawsze po stronie ludzi; Wählerwahlkomitee Wadim Tyszkiewicz – Komitet Wyborczy Wyborców Wadim Tyszkiewicz

Quelle: Państwowa Komisja Wyborcza [Staatliche Wahlkommission], <https://wybory.gov.pl/sejmsenat2019/pl/wyniki/sejm/pl> (abgerufen am 16.10.2019).

1. – 21. Oktober 2019

01.10.2019	Im Europäischen Parlament findet vor den zuständigen Ausschüssen (Landwirtschaft und ländliche Entwicklung; Umweltfragen, öffentliche Gesundheit und Lebensmittelsicherheit) die Anhörung von Janusz Wojciechowski statt, Kandidat für das Amt des EU-Agrarkommissars. Da die erforderliche Zweidrittelmehrheit für die Empfehlung des Kandidaten nicht zustande kommt, wird eine weitere Anhörung angesetzt. Bemängelt wird, dass Wojciechowskis Antworten zu allgemein ausgefallen und keine konkreten Ideen zur Gestaltung der EU-Landwirtschaftspolitik vorgestellt worden seien.
02.10.2019	Angesichts der Schließung von Krankenhausabteilungen infolge von Ärztemangel sagt der Vizepräsident des Hauptrates der Ärzte, Krzysztof Madej, dass in Polen 68.000 Ärzte fehlen. Offiziellen Angaben zufolge sollen es 50.000 sein. Der Ärztemangel betrifft vor allem die ca. 240 Kreiskrankenhäuser in Polen.
03.10.2019	Präsident Andrzej Duda nimmt in Lana (Lány, Tschechien) am Treffen der Staatspräsidenten der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) teil. Auf einer Pressekonferenz unterstreicht Duda, dass die Visegrád-Gruppe einstimmig für die Erweiterung der Europäischen Union um die Westbalkanstaaten ist. Die Erweiterung habe angesichts des Brexit Schlüsselbedeutung für die Entwicklung der EU. Dabei sei es wichtig, dass die Beitrittskriterien klar und Termine verbindlich seien; ohne dieses werde es schwer, die Bevölkerung des jeweiligen Landes von den notwendigen Reformen zu überzeugen.
04.10.2019	US-Präsident Donald Trump teilt mit, dass Polen formal für das Programm des visumsfreien Verkehrs in die USA nominiert wurde. Es betrifft touristische und Geschäftsaufenthalte in den USA für eine Dauer von bis zu 90 Tagen. Das zuständige Ministerium werde nun schnellstmöglich eine Entscheidung treffen.
06.10.2019	Sławomir Neumann, Fraktionsvorsitzender der Bürgerplattform – Bürgerkoalition (Platforma Obywatelska/PO – Koalicja Obywatelska/KO), erklärt seinen Rücktritt. Er begründet seine Entscheidung damit, dass er sich in einem privaten Gespräch mit PO-Akteuren aus Dirschau (Tczew) abschätzig über die Situation der PO vor Ort geäußert hat. Das Gespräch, das Ende 2017 in Danzig (Gdańsk) mitgeschnitten worden war, wurde zwei Tage zuvor im regierungsnahen Sender TVP Info ausgestrahlt. Der PO-Parteivorsitzende Grzegorz Schetyna kritisierte dies als Eingriff des Senders in den zurzeit stattfindenden Wahlkampf für die Parlamentswahlen in einer Woche.
07.10.2019	Piotr Gliński, stellvertretender Ministerpräsident und Vorsitzender des Ausschusses für Öffentlichen Nutzen beim Ministerpräsidenten, beruft den Rat für den Dialog mit der Jungen Generation. Ihm gehören 24 Vertreter von Jugendorganisationen und elf Vertreter öffentlicher Institutionen (Ministerien u. a.) an. Der Rat soll eine beratende Funktion ausüben.
08.10.2019	Radosław Sikorski, Abgeordneter der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) im Europäischen Parlament, ehemaliger Verteidigungsminister und Außenminister Polens, wird per Akklamation zum Vorsitzenden der Delegation des Europäischen Parlaments für die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten gewählt. Die aktuell wichtigste Aufgabe sei die Verhinderung eines Handelskrieges zwischen der EU und den USA. Die parlamentarische Diplomatie sei umso wichtiger, wenn die Regierungsdiplomatie nicht weiterkomme, so Sikorski.
09.10.2019	Ministerpräsident Mateusz Morawiecki zeigt sich erfreut über den positiven Verlauf der zweiten Befragung des Kandidaten für das Amt des EU-Agrarkommissars, Janusz Wojciechowski, am Vortag in Brüssel. Die polnische Landwirtschaft bekäme mit Wojciechowski einen starken Verbündeten u. a. in der Frage der Angleichung der Zahlungen für die Landwirte in der EU.
10.10.2019	Die Schwedische Akademie in Stockholm zeichnet die Autorin Olga Tokarczuk rückwirkend mit dem Literaturnobelpreis für das Jahr 2018 aus.
11.10.2019	Nach einer Verordnung des Umweltministeriums treten neue Messwerte für die Informationspflicht über die Luftbelastung durch Feinstaub in Kraft. Smogalarm wird nun bei einer Feinstaubbelastung von 150 Mikrogramm pro Kubikmeter im Tagesdurchschnitt verhängt. Ab 100 Mikrogramm pro Kubikmeter im Tagesdurchschnitt muss die Bevölkerung regelmäßig über die Luftbelastung informiert werden. Gegenüber der letzten Verordnung aus dem Jahr 2012 wurden beide Werte um die Hälfte gesenkt.
13.10.2019	In Polen finden die Wahlen zum Sejm und zum Senat statt.

14.10.2019	Die Staatliche Wahlkommission (Państwowa Komisja Wyborcza – PKW) gibt die offiziellen Ergebnisse der Parlamentswahlen am Vortag bekannt. In den Sejm ziehen folgende Wahlkomitees ein: Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) – 43,59 %, Bürgerkoalition (Koalicja Obywatelska – KO) – 27,40 %, Demokratische Linksallianz (Sojusz Lewicy Demokratycznej – SLD) – 12,56 %, Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL) – 8,55 %, Konföderation Freiheit und Unabhängigkeit (Konfederacja Wolność i Niepodległość) – 6,81 %, Wahlkomitee der Deutschen Minderheit (Mniejszość Niemiecka) – 0,17 %. Die Wahlbeteiligung betrug 61,74 %.
16.10.2019	Der Sejm leitet ein Gesetzesprojekt, das die außerparlamentarische Initiative »Stop Pädophilie« eingebracht hatte, an die Ausschüsse weiter. Zuvor wurde der Antrag abgelehnt, den Gesetzesentwurf in Gänze zurückzuweisen. Nach Angaben der Autoren des Projektes sollen Kinder und Jugendliche rechtlich vor sexueller Verführung und Sittenverfall geschützt werden. Die Opposition sieht in dem Entwurf den Versuch, den Sexualkundeunterricht in den Schulen unter Strafe zu stellen. Vor dem Sejm und in anderen Städten Polens finden Proteste gegen die Gesetzesinitiative statt.
18.10.2019	Am Rande des EU-Gipfels der Staats- und Regierungschefs in Brüssel bezeichnet es Ministerpräsident Mateusz Morawiecki als kurzichtig und als strategischen Fehler, dass keine Einigkeit darüber erreicht wurde, die EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und der Republik Nordmazedonien zu eröffnen. Einige reiche EU-Mitglieder würden das Versprechen gegenüber den Westbalkanstaaten nicht einhalten. Diese Situation zeige, dass die Krise der EU beim Verständnis dessen, was »europäisch« sei, weiter anhalte. Polen als Staat an der EU-Außengrenze spreche sich entschieden für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen aus, und zeige damit sein strategisches Denken mit Blick auf die Sicherheit in Europa. Johannes Hahn, EU-Kommissar für Erweiterungsverhandlungen, hatte zuvor zu bedenken gegeben, dass die Unentschlossenheit der EU andere Mächte, die sich auf dem Westbalkan engagieren, stärken könne.
20.10.2019	In einem Brief an die Wählerschaft der Bürgerplattform – Bürgerkoalition (Platforma Obywatelska/PO – Koalicja Obywatelska/KO) fordert PO-Chef Grzegorz Schetyna die Opposition im Parlament und in der Zivilgesellschaft zur Zusammenarbeit und Solidarität auf, da die PO-KO diejenige politische Formation sei, vor der sich Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) fürchte. Um positive Veränderungen in Polen herbeizuführen, nannte Schetyna als Wirkungsfelder u. a. die oppositionelle Mehrheit im Senat und die Präsidentenwahlen im kommenden Jahr.
21.10.2019	Krzysztof Michałowski, Pressesprecher des Obersten Gerichts (Sąd Najwyższy – SN), teilt mit, dass von der Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zwei Eingaben gegen die Auszählung der Stimmen für den Senat bei den Parlamentswahlen am 13. Oktober gemacht wurden. Sie beziehen sich auf die als ungünstig eingestufteten Stimmzettel in den Wahlkreisen Kattowitz (Katowice) und Köslin (Koszalin). Dort unterlagen die PiS-Kandidaten nach bisheriger Auszählung mit 1,86 % bzw. 0,24 % der Stimmen.

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter www.laender-analysen.de/polen
Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf bpb.de

**Deutsches Polen-Institut Darmstadt (www.deutsches-polen-institut.de)**

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der 70.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen (www.forschungsstelle.uni-bremen.de)

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationsdienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Herausgeber:

Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Redaktion:

Dr. Andrzej Kaluza (verantwortlich) (Darmstadt) und Silke Plate M.A. (Bremen)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:

Prof. Dr. Stefan Garsztecki, Technische Universität Chemnitz
Prof. Dr. Klaus Ziemer, Kardinal-Stefan-Wyszyński-Universität Warschau

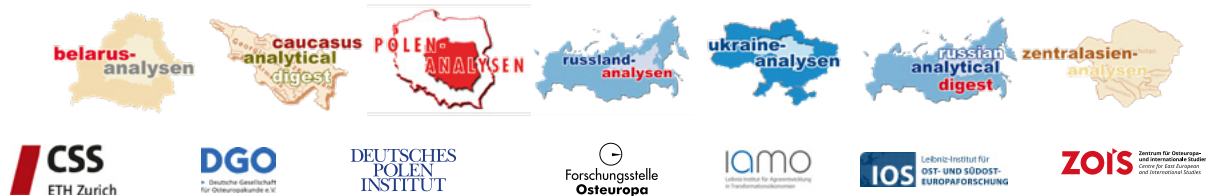
Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

ISSN 1863-9712 © 2019 by Deutsches Polen-Institut, Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V., Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien, Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15, 64283 Darmstadt,
Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: kaluza@dpi-da.de, Internet: www.laender-analysen.de/polen-analysen/



Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

 @laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die deutschsprachigen Länder-Analysen werden gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, dem Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde, dem Deutschen Polen-Institut, dem Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien und dem Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung herausgegeben. Die englischsprachigen Länder-Analysen erscheinen in Kooperation der Forschungsstelle Osteuropa mit dem Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

TWITTER, TWEET, RETWEET und das Twitter Logo sind eingetragene Markenzeichen von Twitter, Inc. oder angeschlossenen Unternehmen.